

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Postamt: Riesner, Postfach Nr. 20.

Postamt: Bismarck 2100, Postfach Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 55.

Freitag, 7. März 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postamt vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 19 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundchrift-Zeile (7 Silben) 20 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend erhöht. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beste Zartie. Bemittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontur gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierteljährliche Unterhaltungsgebühr, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Postvermittlungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterschlag, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Zucker für Bienenernährung.

Das Reichsernährungsamt hat auch in diesem Jahre für Bienenernährungszwecke Zucker zur Verfügung gestellt, der in Höhe von 1,5 kg im Frühjahr und in Höhe von 6 kg im 1. Augusthälfte des Jahres für jedes Volk zur Verteilung gebracht werden soll, für das Zucker bestellt worden ist. Die Lieferung des Zuckers wird davon abhängig gemacht werden, daß bis zum 15. Juli 1919 eine noch näher zu bestimmende Menge Honig zur Versorgung der Bienen zur Ablieferung gebracht wird. Erwägungen darüber, ob die Herbstlieferung auch von der Lieferung einer gewissen Menge Bienenernährungszucker abhängig zu machen sein wird, sind noch nicht abgeschlossen. Die Zuckerbestellungen werden ebenso wie die Zuckererteilungen auch in diesem Jahre wieder durch die Bienenzüchtervereine und den Bienenzüchtervereinsverband in Rauschwitz bei Elstra vermittelt werden und zwar nicht nur für die Mitglieder der Bienenzüchtervereine, sondern auch für diejenigen Imker, die keinem Verein angehören. Sie haben sich wie im Vorjahre wegen Verteilung und Empfangnahme des Zuckers an den für ihren Ort zuständigen Bienenzüchterverein zu wenden.

Diesem Imker, die für ihre Völker Zucker beziehen wollen, haben bis spätestens den 10. März 1919 die Zuckerbestellform bei dem für ihren Wohnort zuständigen Imkerverein abzuholen. Das Vorhandensein der entsprechenden Anzahl Bienenvölker ist auf dem Bestellform durch die Gemeindebehörde festzustellen zu lassen. Die Gemeindebehörden erhalten hiermit Anweisung, entsprechenden Anträgen stattzugeben.

Großenhain, am 5. März 1919.
Der Kommunalverband.

Eier betreffend.

Auf den Wochenabschnitt vom 10.—16. März 1919 der Eierkarte kann pro Kopf 1 Stück der vom Kommunalverband eingelegten Eier ausgegeben werden. Der Verkauf findet durch die gegenwärtigen Verkaufsstellen für Inlands Eier statt. Diese haben die Eier von den Einzelhändlern und zwar für Großenhain und Umgebung in der Brauerei Berndt, Hildebrandt, für Großenhain und Umgebung von Frau Vinn und Schmidt, Hildebrandt abzuholen. Der Verkauf der eingelegten Eier in Riesa findet durch die Volkseigenen Verkaufsstelle Hildebrandt statt. Die baldige Verwendung der Eier im Haushalt erscheint geboten. Die Abgabe an die Verbraucher hat von den Verkaufsstellen zum Preise von 43 Pf. gegen den oben genannten Abschnitt der Eierkarte zu erfolgen. Die Verkaufsstellen haben nach Ablauf der obigen Woche der Amtshauptmannschaft — Eierkarte — auszuliefern, wieviel Eier sie von den Einzelhändlern erhalten und wieviel sie an Verbraucher abgesetzt haben. Die entsprechende Zahl der Eierkartenabschnitte ist mit beizubringen. Die Verkaufsstellen haben etwa entstandene Kosten bei dem Veranlasser der Eier dabei mit hierher zu melden.

Der Verkauf von frischen Inlands Eiern hat in der Woche vom 10.—16. März zu unterbleiben.
Großenhain, am 5. März 1919.
351 417.
Der Kommunalverband.

Eierkarten werden Sonnabend, den 8. d. M., von vorm. 8—9 Uhr an stillende Mütter und schwangere Frauen im Gemeindeamt ausgegeben.
Weißa, am 7. März 1919.
Der Gemeindevorstand.

Arbeiterräte und Arbeitsräte.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der große Kompromiß zwischen Demokraten und Sozialisten ist eingeleitet. In Verhandlungen einer Abordnung der Berliner Arbeiteräte mit der Regierung in Weimar ist eine Reihe „wesentlicher Absichten“ festgelegt worden. Die erste Gruppe dieser Absichten bezieht sich auf die Arbeiterräte. Es ist geplant, diese Räte in der Verfassung zu verankern. Das Ergebnis der oben erwähnten Weimarer Verhandlung trägt nicht nur sachlich einen deutlichen Kompromißcharakter, sondern kennzeichnet weiter in der unklaren Abfassung und im Schwanken der Ausdrücke (Arbeiterräte und Arbeitsräte) die Unklarheit und Unbestimmtheit. Die Grundgedanken des Abkommens, mit dem sich — wie man hofft — auch die am Mittwoch in Weimar eintreffende Berliner Streikleitung einverstanden erklären wird, sind etwa folgende:

Die Räte sollen kein Parlament neben oder gar über der Nationalversammlung bilden. Sie werden vielmehr ausschließlich im Wirtschaftsleben eine Rolle spielen. Dort allerdings soll ihnen ein weites Feld der Betätigung zugewiesen werden. Es sollen in den Einzelbetrieben bei der Regelung der allmählichen Arbeitsverhältnisse mitwirken. Diese Betriebsräte sollen in doppelter Weise zusammengesetzt werden, und zwar 1) nach Erwerbszweigen (Branche), 2) territorial (also etwa nach Kreisen, Bezirken, Provinzen usw.). Als oberstes Gremium soll ein „Zentral-Arbeitsrat“ wirken. Dieser Zentralrat soll bei Sozialisierungsmaßnahmen (also in der Exekutive) mitarbeiten, das Recht der Gesetzesvorlage (also Initiativrecht) besitzen und wirtschaftliche oder soziale Gesetzentwürfe begutachten dürfen (also ein Mitberatungsrecht genießen). Bei allen diesen Bestimmungen kommt es wesentlich auf das „Wie“ an. Als unbedingt sicher ist nur das eine anzusehen: Die Vorarbeiten für diese Probleme, ihre Festlegung in einer Reihe verwickelter, umfangreicher Gesetzentwürfe und ihre Beratung durch die bestehenden Faktoren, Staatenausschuss und Nationalversammlung, wird Monate dauern. Würde der Zentralrat — der in der Durchführung des Abkommensbeschlusses intemeriert worden ist — bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung der Rätefrage aufbauen, so wäre der Rahmen da, aber der Inhalt (die Wirtschaft selber) wäre bis fast zum Nichts herabgewirtschaftet. Ueber der Regelung der Wirtschaftsreform steht die Schaffung der Verfassung und der Abschluss des Friedens. Und diese Aufgaben beschäftigen das Weimarer Volkshaus mindestens noch einen weiteren Monat. So groß immerhin die psychologische Wirkung der grundsätzlichen Erklärung sein mag, eine Beschleunigung in der Umorganisation der Wirtschaft wird dadurch nicht erzielt.

Wie sollen nun diese Räte beschaffen sein? Es sind zunächst nicht die bisherigen A- und S-Räte. Daß die Soldatenräte nach der Demobilisation jegliche Berechtigung verloren haben, ist in den Reden des mehrheitssozialistischen Ministers Richard Fischer und des Kriegsministers Reinhold zum Ausdruck gekommen. Aber auch die bisherigen Arbeiterräte werden nicht das geplante Räteorgan bilden, auch nicht wenn sie durch ein gerechteres Wahlrecht „veredelt“ werden sollten. Es werden überhaupt nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitsräte sein, welche so wichtige Aufgaben im Wirtschaftsleben erfüllen sollen. Innerhalb der einzelnen Betriebe werden neben den Arbeitern auch die Angestellten Vertreter in die Betriebsräte wählen. In den ihnen übergeordneten Räten der Wirtschaftszweige (Branche) sollen neben Arbeitern und Angestellten auch „Unternehmer und Betriebsleiter“ sowie die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beteiligt sein. In den Bezirksarbeitsräten und dem Zentralarbeitsrat sollen schließlich die freien Berufsstände, das was also ein allgemeines berufshändiges Organ, das an der Exekutive beteiligt wäre, aber trotz eines erheblichen Mitwirkungsrechtes in der Gesetzgebung keine entscheidende Befugnis besitzt. Es unterscheidet sich jedenfalls sehr von dem, was Spartakisten und Unabhängige erstreben.

Der Streik.

Die Kämpfe in Berlin.

Der Aufruhr in Berlin, dem nach Veröffentlichung unterrichteter Kreise trotz alles äußeren Aussehens, das die Spar-

tasleute ihm zu geben bemüht sind, nur eine Epochenbedeutung zukommt, konzentriert sich bisher auf das Gebiet um den Alexanderplatz und um das Polizeipräsidium herum. Die Angreifer auf das Polizeipräsidium bestanden zum Teil aus bewaffneten Arbeitern der Berliner Gewerbetriebe, aus bewaffneten Arbeitlosen, aus Mitgliedern des roten Soldatenbundes, d. h. Defektive oder irreguläre militärische Strafbatalione, sowie aus Teilen der Volksmarinebrigade. Heute, im Laufe der ersten Morgenstunden zwischen 2 und 8 Uhr vormittags ist der Angriff auf das Polizeipräsidium gescheitert. Die Polizei einer kleinen Abteilung von etwa 20 Mann ist gelangt, in den Südfügel des Polizeipräsidiums vorübergehend einzudringen. Diese Abteilung wurde nach kurzer Zeit von der Belagerung des Polizeipräsidiums hinausgeworfen. Das Polizeipräsidium wurde im Laufe des Vormittags weiterhin belagert und nach allen Seiten abgeblockt. Darauf ist der Gardebataillon der Besatzung des Alexanderplatzes und die Entsendung des Polizeipräsidiums übertragen worden. Der Angriff der Gardebataillonstruppen begann etwa 2 Uhr nachmittags und konnte der Einbruch der Dunkelheit als gelungen bezeichnet werden. Es sind noch einzelne Kämpfe im Gange, jedoch kann die Gesamtlage dahin gekennzeichnet werden, daß die Regierungstruppen Herren der Lage sind. Die Volksmarinebrigade hat auf dem Alexanderplatz die weiße Flagge gehißt und hat das Marinehaus geräumt. Zurzeit ist das Marinehaus von plündernden Bürgern angefüllt. Eine Wache der republikanischen Soldatenwehr am Markt hat gegen die Regierungstruppen gefeuert. Der Markt wurde daraufhin in Sturm genommen und die Wache der republikanischen Soldatenwehr ausgeschoben.

Der gestrige Tag hat nach Meldungen eines anderen Berichterstatters den Regierungstruppen in schweren Straßenkämpfen einen rechtlichen Erfolg gebracht. Die Volksmarinebrigade mit Teilen der republikanischen Soldatenwehr hatte sich im Marinehaus verschanzt und das Haus mit Geschützen, Maschinengewehren und allen modernen Kampfmitteln in eine Festung verwandelt. Gleichzeitig verfuhr die Spartakisten seit vorgestern Nacht das Polizeipräsidium, das von den Berliner Schutzmannschaften und Teilen der Regierungstruppen gehalten wurde, zu räumen. Die wackeren Verteidiger schlugen stundenlang alle erbitterten Angriffe zurück, trotzdem die Gegner auch Artillerie anwandten sowie auch leichte Feldhaubitzen. In den Mittagsstunden setzte der hervorragend geleitete Angriff der Regierungstruppen an allen Stellen gleichzeitig ein und brachte ihnen einen vollen Erfolg. Das Marinehaus erhielt drei Volltreffer von schweren Feldhaubitzen. Die Verteidiger verließen fluchtartig ihre Festung. Der Alexanderplatz und die umliegenden Straßen wurden von den Freiwilligenformationen der Gardebataillonstruppen geräumt und vollständig gesäubert. Der Erfolg der Truppen ist trotz erbitterter Gegenwehr der Spartakisten ein voller. — Die Verluste der beiden Parteien, die bis zum vorgestern späten Abend etwa 20 Tote, ungerchnet die Verwundeten, betragen haben dürften, sind weiter gestiegen. Die Lage ist außerst unklar. Die Mannschaften, die sich von der republikanischen Soldatenwehr abgewandt haben, erklärten Pressevertretern gegenüber, daß sie keine Spartakisten seien, sondern nach wie vor auf dem Boden der Regierung ständen. Ihr Grimm gelte nur den Reichsbataillonen. Die Regierung hoffte, noch im Laufe des gestrigen Nachmittags die Ruhe wieder herstellen zu können.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags begannen in Berlin die Geschäfte zu schließen. Es macht sich eine größere Unruhe des Publikums bemerkbar. An verschiedenen Stellen der Stadt fielen vereinzelt Schüsse.

Verhinderung des Generalstreiks in Berlin. Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, hat die Streiklage in Berlin von vorgestern auf gestern eine unbeeindruckbare Besserung erfahren. Nach vorgestern abend erschienen in den verschiedenen Zeitungsdruckereien, in denen bisher gearbeitet wurde, Abordnungen der Redaktionen, die das Personal zur Beteiligung am Streik aufforderten. Es wurde damit gedroht, die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke stillzulegen, falls die Drucker, Setzer und übrigen Arbeiter sich dem Aufstande nicht anschließen sollten. Infolge dieser Einwirkung mußten die Druckereien ihren Betrieb einstellen, so daß gestern morgen in Berlin keine einzige Zeitung erscheinen konnte. Die den einzelnen Betrieben beigegebenen Sicherheitswachen besahen zwar noch ihren

Dienst, man nimmt aber an, daß ihre Haltung schwankend ist. Die Wachenmächte des B. Z. sind bereits zu den Spartakisten übergegangen. Wie die „Telegraphen-Union“ weiter hört, haben die Gewerkschaftsorganisationen heute beschlossen, sich am Streik zu beteiligen. Dieser Entschluß hat zur Folge, daß sich die Gewerkschaften mit der Streikfrage beschäftigen. Als Ergebnis ist der Anschluß der Gewerkschaften an den Aufstand zu erwarten. Im Buchdruckergewerbe ist die Streiküberlegung bereits erfolgt, so daß die Betreibungen auch weiterhin nicht erscheinen werden.

Die mehrheitssozialistischen Betriebsräte Großberlins haben in einer Versammlung folgende Entschlüsse einstimmig angenommen: Die am 5. März tagende Konferenz der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins nimmt von den bisherigen Maßregeln der sozialdemokratischen Partei in der Streikfrage Kenntnis und stellt fest, daß der Streik gegen den Willen der sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertreter im Groß-Berliner Arbeiterrat von einer durch Kommunisten und Unabhängige betriebenen Versammlung der Arbeiterräte eingeleitet worden ist. Nach dem Ergebnis der Verhandlung mit der Regierung kann die Konferenz eine weitere Fortsetzung des Streiks nicht unterstützen, wenn auch die Kommission des Volksgarates mindestens dieselben Angelegenheiten der Regierung einbringt. In dieser Voraussetzung werden die sozialdemokratischen Arbeiterräte beauftragt, den Abbruch des Streiks zu beantragen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages den Streik selbst aufzuheben. Die Konferenz erklärt weiter, daß auf diejenigen Betriebe, die durch geheime Abstimmungen die Teilnahme am Generalstreik ablehnen, kein Streikzwang ausübt werden darf.

Die Gewerkschaftskommission beschäftigte sich am Nachmittage damit, in welcher Form sie in die Streikleitung eintreten wolle. Nachdem ihr zur Kenntnis kam, daß die sozialdemokratischen Vertreter ausgetreten sind, veränderte sich das Bild und es wird nun von neuem beraten, ob die Gewerkschaften sich weiter am Streik beteiligen. Danach wurde die Versammlung auf Freitag, den 7. März, vertagt.

Generalstreik angehalten. Am Mittwoch ist eine Abordnung des Berliner Volksgarates im Kraftwagen nach Weimar abgegangen, dort aber bisher nicht eingetroffen. Man vermutet, daß sie unterwegs gewaltsam angehalten worden ist.

Verhinderung des Generalstreiks auf die Elektrizitätswerke. Der Berliner Generalausschuss hat sich auf die Elektrizitätswerke ausgebeugt. Seit 7 Uhr abends ist Berlin ohne elektrisches Licht. — In Charlottenburg sind die Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke in den Ausbruch getreten, so daß Charlottenburg seit gestern nachmittags ohne Licht und Wasser ist. — Von zuverlässiger Seite wird aus Nordhorn mitgeteilt, daß der Verkehr auf der Bahnlinie Nordhorn-Corvenitz seit gestern mittag unterbrochen ist.

Wiederaufnahme des Zugverkehrs Berlin-Weimar. Die Abgeordneten Berlin-Weimar und Berlin-Münchener über Halle verkehren wieder. Das Elektrizitätswerk in Halle ist wieder in Betrieb gesetzt, jedoch die Stadt vorgestern abend wieder Licht hatte.

Die Beendigung des Thüringer Generalstreiks. Der Generalstreik in Halle kann infolge des energischen Aufstretens der Regierungstruppen als beendet angesehen werden. Im gesamten Thüringer Streikgebiet kann der Generalstreik ebenfalls als fast beendet angesehen werden. In den ostthüringischen Städten hat sich die Arbeiterschaft durchwegs gegen den Generalstreik ausgesprochen. In West-Thüringen lautet der Streik nach den vorliegenden Meldungen ab. In Erfurt hat sich der Generalstreik in Teilausführung aufgelöst. Im Altenburger Kreise ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. In Gotha ist nur noch Teilstreik. Fortan sind die Drahtverbindungen zwischen Erfurt und Süd-Thüringen noch gestört. Eine heute in Weimar angelegte thüringische Regierungskonferenz mußte verschoben werden.

Beilegung des Streiks in Erfurt. Der Generalstreik hat in Erfurt, wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, sein Ende gefunden. Das Streikkomitee der Unabhängigen ist an die Führer des Gegenstreiks der Bürger und Beamten herangetreten und hat um Mitteilung der Bedingungen für die Beendigung des Bürgerstreiks ersucht. Darauf haben die Bürger- und Beamten-Streikkomitees folgende Bedingungen gestellt: Sicherstellung der Volksernährung, sofortige Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs und persönlicher Schutz für alle Beamten und